

Helmut Brandt informiert:



Die Lage in Deutschland ist trotz aller Schwierigkeiten so, dass wir das kommende Jahr durchaus optimistisch angehen können. Ich bin zuversichtlich, in diesem ebenso auf Ihre und Eure Unterstützung und Ermutigung bauen zu können, wie dies im angehenden Jahr der Fall war.

**Von Herzen wünsche ich Euch und Ihnen
- auch im Namen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter -
ein gesegnetes Weihnachtsfest und für das neue
Jahr 2012 nur das Beste und Gottes Segen!**

**Herzlichst
Ihr Helmut Brandt MdB**

Jahresrückblick 2011



Folgesteuerwelle in Sicht

Quelle: Stiftung Marktwirtschaft, Blickpunkt Marktwirtschaft II/2011



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

in der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten und dem Jahreswechsel standen die Beschlüsse vom vergangenen EU-Gipfel im Vordergrund.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben mit den Gipfelbeschlüssen der vergangenen Woche den ursachengerechten Weg aufgezeigt, um ein Auseinanderbrechen der Eurozone zu vermeiden. Gleichzeitig haben sie das Tor zu einer vertiefenden politischen Integration weit aufgestoßen. Das ist ein großer Erfolg für unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und die deutsch-französische Partnerschaft, die diesen Durchbruch ermöglicht hat.

Der Weg zur Überwindung der Krise ist sicherlich noch lang aber wir befinden uns nun auf einem guten Weg. Besonders positiv ist neben den Beschlüssen zur Stabilitätsunion zu bewerten, dass der EU-Gipfel die Einführung von Euro-Bonds abgelehnt hat, dies hätte eine unverantwortliche gesamtschuldnerische Haftung bedeutet. Es ist gut, dass die Bundeskanzlerin und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion an diesem Punkt hart geblieben sind und eine Transferunion verhindert haben.

Großbritanniens Nein zu den Beschlüssen, die alle anderen EU-Länder mittragen wollen, ist sehr bedauerlich. Aber auch mit dem zwischenstaatlichen Vertrag bin ich mir sicher, dass das Vertrauen in die Haushaltsdisziplin der Euro-Staaten steigen wird.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen „Menschenwürde ist nicht verhandelbar – Bedingungen in griechischen Flüchtlingslagern sofort verbessern“ problematisiert die Lage in den Auffanglagern in Griechenland und weist auf die mehrfache Verurteilung Griechenlands vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen der Umstände in diesen Lagern hin. Die griechische Regierung und das griechische Parlament werden u.a. aufgefordert, die menschenunwürdigen Bedingungen in den griechischen Auffanglagern sofort zu beenden und die bereitstehenden Mittel aus den EU-Flüchtlingsfonds abzurufen, um die Situation schnellstmöglich zu verbessern. In meiner Rede vor dem Deutschen Bundestag habe ich die Bundesregierung aufgefordert, auf eine schnelle Verbesserung hinzuwirken, sowie Rücküberstellungen nach der Dublin-II-Verordnung nach Griechenland auch nach Januar 2012 auszusetzen, bis sich die Zustände erkennbar verbessert haben.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und Gottes Segen, sowie ein gutes neues Jahr 2011!

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht

Ihr 
Helmut Brandt MdB

Durban bringt großen Schritt im internationalen Klimaschutz

Die Klimakonferenz von Durban hat den Weg zu einem rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommen zwischen allen Staaten geebnet. Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen, der selbst an der Klimakonferenz teilnahm, hatte darüber hinaus bereits angeboten, den neuen Klimafonds in Deutschland anzusiedeln. Ein Sitz in Bonn wäre denkbar, wo schon das UN-Klimasekretariat seinen Standort hat. Der Fonds soll ärmeren Ländern bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels helfen.

Die wichtigsten Beschlüsse von Durban:

- Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die bis spätestens 2015 ein neues Protokoll oder eine andere Vereinbarung mit rechtlicher Kraft ausarbeitet. Diese neue Vereinbarung soll 2020 in Kraft treten.
- Start eines Prozesses, um die einzelnen Staaten zu noch weniger Kohlendioxid-Ausstoß zu bewegen
- Verlängerung des Kyoto-Protokolls bis Ende 2017 bzw. 2020 Die einzelnen Staaten sollen bis Mai 2012 Vorschläge für ihre Minderungsziele vorlegen, die sie in die zweite Verpflichtungsperiode für das Kyoto-Protokoll einbringen werden.
- Einrichtung des Green Climate Fund 2012. Der Fonds soll ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar (74 Milliarden Euro) zur Verfügung stellen.



Stabilitätsunion für Europa



Die Staats- und Regierungschefs der 17 Euroländer haben beim EU-Gipfel in der vergangenen Woche den Durchbruch zu einer Stabilitätsunion geschafft. An dieser Stabilitätsunion können sich auch die übrigen EU-Staaten beteiligen. Die Eurostaaten werden in den Vertrag über den dauerhaften Eurorettungsschirm (ESM) neue Regeln einarbeiten. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf folgende Kernpunkte eines neuen Vertrags:

- Alle Länder führen eine gesetzliche Schuldenbremse - möglichst in den Verfassungen - mit dem Ziel ausgeglichener öffentlicher Haushalte ein. Ein Haushalt gilt als ausgeglichen, wenn das Defizit nicht mehr als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufweist. Die korrekte Umsetzung der europäischen Schuldenbremse in nationales Recht kann der Europäische Gerichtshof überprüfen.
- Die EU kann Länder, die zu hohe Haushaltsdefizite haben, in Zukunft automatisch bestrafen. Die Strafen sollen nur noch mit einer qualifizierten Mehrheit der Euro-Staaten gestoppt werden können. Es gilt also dann eine umgekehrte qualifizierte Mehrheit.
- Länder mit zu hoher Verschuldung sollen mit der EU-Kommission rechtlich bindende detaillierte Reformvereinbarungen abschließen.
- Der künftige dauerhafte Euro-Rettungsschirm ESM soll nicht erst 2013, sondern schon im Sommer 2012 einsatzfähig sein. Der ESM wird unabhängig von den Verpflichtungen der EFSF ein maximales Darlehensvolumen von 500 Milliarden Euro haben.
- Bei der Beteiligung privater Gläubiger soll sich der ESM am Internationalen Währungsfonds IWF orientieren. Das sind Praktiken, die sowohl die Märkte wie die Mitgliedstaaten kennen. Es ist ein Teil der Vertrauensbildung. Ist die Finanzstabilität der Eurozone bedroht, kann der ESM mit einer Mehrheit von 85 Prozent des Kapitalschlüssels entscheiden.
- Angesichts der weiter bestehenden Herausforderungen wollen sich die Staats- und Regierungschefs im nächsten halben Jahr monatlich treffen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte, dass man sich mit den Vereinbarungen ambitionierte, anspruchsvollere Verpflichtungen auferlege. Diese sollen zeigen: "Wir nutzen die Krise als Chance für einen Neuanfang." Fehler, die in der Vergangenheit bei der Konstruktion des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gemacht wurden, werden so beseitigt. Merkel lobte zudem die deutsch-französische Zusammenarbeit. Ohne die gemeinsame Vorarbeit und der gemeinsamen Entschlossenheit, den Euro zu einer erfolgreichen Währung zu machen, wären die Gipfelergebnisse nicht möglich gewesen.

Den genauen Text der Beschlüsse des EU-Gipfels können Sie hier nachlesen: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/126678.pdf

Informationen über meine Standpunkte, meine Aktivitäten und mich finden Sie unter anderen auf meiner Homepage: [Facebook.de ... MeinVZ.de ... YouTube.de](http://www.mein-vz.de)



Impressum:

Ausgabe Nr.: 22 - 22/11 16. Dezember 2011

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472 Fax: 030 / 227-76471
Email: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830, Fax: 02404/3445
E-Mail: helmut.brandt@wk.bundestag.de
Internet: helmut-brandt.de